

Münchener AnwaltsHandbuch Personengesellschaftsrecht

4., überarbeitete Auflage 2023
ISBN 978-3-406-77586-4
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Hans Gummert (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Personengesellschaftsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Personengesellschaftsrecht

Herausgegeben von

Dr. Hans Gummert

Rechtsanwalt in Düsseldorf

Bearbeitet von:

Dr. Malte Abel MBA, Syndikusrechtsanwalt in Essen; *Dr. Florian Brombach* LL.M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Arne Friel*, Rechtsanwalt und Notar in Berlin; *Dr. Hans Gummert*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Marian Holtwiesche*, Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt in Mannheim; *Dr. Götz G. Karrer*, Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Patrick Müller* LL.M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; *Dr. Ilmo Pathe*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Wuppertal; *Dr. Katja Plückelmann*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Marcus Heinrich Rohmer*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Wuppertal; *Kristina Schneider* LL.M., Rechtsanwältin in Köln; *Dr. Jobst-Friedrich von Unger*, Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt in Mannheim; *Christian Weiß*, Rechtsanwalt in Köln, *Dr. Jens Werner*, Rechtsanwalt und Syndikusrechtsanwalt in Essen.

4., überarbeitete Auflage 2023



Zitervorschlag:
MAH PersGesR/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77586 4

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text und Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 4. Auflage

Am 10. August 2021 wurde das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) im Bundesgesetzblatt verkündet. Dieses Gesetz tritt gemäß Art. 137 S. 1 MoPeG mit Ausnahme einiger in Art. 137 S. 2 Nr. 1 bis 5 MoPeG genannter Detailregelungen am 1.1.2024 in Kraft. Mit dem MoPeG werden die gesetzlichen Bestimmungen des Gesellschaftsrechts der BGB-Gesellschaft und der OHG und damit mittelbar auch diejenigen der KG in weiten Teilen geändert.

Soweit das BGB-Gesellschaftsrecht betroffen ist, wird mit dem MoPeG insbesondere die zunächst im Schrifttum erarbeitete, maßgeblich auf Werner Flume zurückgehende Auffassung zur Rechtsnatur der BGB-Gesellschaft (diese ist in ihrer Erscheinungsform als Außen-gesellschaft rechtsfähig) und zu deren Haftungsregime (die Haftung der BGB-Gesellschafter richtet sich nach §§ 128 ff. HGB aF), welcher sich der BGH in einer Reihe von Entscheidungen angeschlossen hat – zu nennen sind vor allem die Entscheidungen des BGH vom 27.9.1999 (NJW 1999, 3483) und vom 29.1.2001 (NJW 2001, 1056) mit jeweils umfangreichen Nachweisen zum Schrifttum – gesetzlich geregelt. Das MoPeG bildet aber nicht nur die herrschende Auffassung im Schrifttum und die Rechtsprechung des BGH zu diesen und weiteren Aspekten ab, sondern enthält auch wesentliche Neuerungen. Insbesondere sieht das MoPeG eine bedingt fakultative Option zur Eintragung der BGB-Außengesellschaft in ein neu geschaffenes Gesellschaftsregister vor. Bedingt fakultativ deshalb, weil den Gesellschaftern einer BGB-Außengesellschaft grundsätzlich freigestellt ist, ihre Gesellschaft in das Gesellschaftsregister eintragen zu lassen. Zum Erwerb von Rechten an einem Grundstück oder einer Beteiligung an einer Personenhandelsgesellschaft oder GmbH sowie im Falle von Änderungen im Gesellschafterkreis einer BGB-Außengesellschaft, die derartige Rechte schon vor Inkrafttreten des MoPeG erworben hatte, ist die Eintragung jedoch erforderlich, so dass eine Eintragungspflicht besteht. Der Rechtslage bei OHG und KG angeglichen wurden die Bestimmungen, welche die Liquidation der BGB-Gesellschaft regeln.

Für OHG und KG regelt das MoPeG u. a. erstmals das Beschlussmängelrecht. Neu ist ferner, dass OHG und KG vorbehaltlich der Bestimmungen des jeweiligen Berufsrechts von Freiberuflergesellschaften genutzt werden können.

Alles in allem hat das MoPeG dazu geführt, dass große Teile des Handbuchs überarbeitet werden mussten. Die Bestimmungen des BGB-Gesellschaftsrechts und des Rechts der OHG sind zudem neu nummeriert worden. Manche dieser Vorschriften sind inhaltlich gar nicht oder nur redaktionell geändert worden. Insoweit stellt sich die Frage, inwieweit auf Rechtsprechung und Literatur zur früheren Fassung dieser Vorschriften zurückgegriffen werden kann. Dies ist im Prinzip zu bejahen. Allerdings ist insbesondere im BGB-Gesellschaftsrecht stets zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber nunmehr streng zwischen rechtsfähiger Außengesellschaft und nicht rechtsfähiger Innengesellschaft unterscheidet. Die §§ 705–739 beziehen sich auf die Außengesellschaft, die §§ 740 ff. auf die Innengesellschaft.

Der Verlag C.H.Beck und die Verfasser verfolgen mit dem Handbuch unverändert den Zweck, dem Rechtsanwender ein praxistaugliches Mittel für die tägliche Praxis zur Verfügung zu stellen, so dass in erster Linie die höchstrichterliche Rechtsprechung zum Personengesellschaftsrecht abgebildet wird. Aber auch die Kritik an dieser Rechtsprechung wird aufgegriffen. Im Handbuch wird der **Rechtsstand ab Inkrafttreten des MoPeG** zugrunde gelegt. §§-Zitate beziehen sich somit – soweit nicht der Zusatz „aF“ angefügt ist – auf die **ab dem 1.1.2024 geltenden Fassungen** der durch das MoPeG geänderten Gesetze. Insoweit musste vor allem auf die Begründung des Gesetzgebers zu den neu gefassten Vorschriften, konnte aber auch schon auf das Gesetzgebungsverfahren begleitende Literatur zurückgegriffen werden. Die Rechtsprechung hat sich naturgemäß noch nicht mit den neuen Bestimmungen befassen können. Die Gesetzesbegründung geht jedoch vielfach auf die bis-

Vorwort zur 4. Auflage

herige höchstrichterliche Rechtsprechung ein und bestätigt diese oftmals, was Rückschlüsse auf den Fortbestand dieser Rechtsprechung zulässt. Die Autoren dieses Handbuchs werden mit Spannung verfolgen, inwieweit sich die Bestimmungen des MoPeG in der Praxis bewähren.

Zum wiederholten Male bedanke ich mich herzlich bei den Mitautoren, die in gewohnter Weise neben ihrem eigentlichen Beruf und somit zu Lasten ihrer Freizeit die Manuskripte zu diesem Handbuch erstellt haben. Desgleichen gilt herzlicher Dank den Sekretariaten der Autoren, hier stellvertretend meiner langjährigen Sekretärin, Frau Rohn-Peters, welche die Manuskripte in mühevoller Kleinarbeit korrigiert haben. Dank gilt last but not least dem Lektorat für die freundliche Unterstützung wie auch für die stetigen und aufmunternden Hinweise auf die Einhaltung des Abgabetermins für die Manuskripte.

Wie stets bitten Autoren, Herausgeber und Verlag um Anregungen und Kritik zur Verbesserung des Werkes, die gerne entgegengenommen und in künftigen Auflagen berücksichtigt werden.

Düsseldorf, im Juli 2023

Dr. Hans Gummert



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 1. Auflage

Die Reihe der Münchener Anwaltshandbücher zu den wichtigsten Themenbereichen anwaltlicher Tätigkeit richtet sich vornehmlich an den anwaltlichen Praktiker. Diesem soll fundiert und praxisnah, deshalb vornehmlich an der höchstrichterlichen Rechtsprechung orientiert, der jeweilige Themenbereich erläutert werden. Praxisnähe wird vor allem durch eine integrierte Darstellungsform, die Formulierungsbeispiele, Übersichten, Praxistips und Checklisten einschließt, erreicht.

Das Münchener Anwaltshandbuch zum Recht der Personengesellschaften führt den Leser durch das gesamte Personengesellschaftsrecht – von der Errichtung der Gesellschaft bis zu deren Liquidation. Auch das Steuer- und Bilanzrecht der Personengesellschaft ist berücksichtigt.

Das Personengesellschaftsrecht ist von erheblicher praktischer Bedeutung. Dies gilt im Bereich der Personenhandelsgesellschaften vor allem für die GmbH & Co. KG, die unter den Handelsgesellschaften zahlenmäßig am weitesten verbreitet ist. Daneben spielt die BGB-Gesellschaft, deren Rechtsnatur und Haftungsverfassung sich nach den umwälzenden Entscheidungen des BGH vom 27.9.1999 und vom 29.1.2001 (ergangen in Umsetzung der im Schrifttum erarbeiteten Erkenntnisse) heute auch für die Praxis anders darstellt, eine entscheidende Rolle. Erwähnt sei nur die vielfältige Verbreitung dieses Gesellschaftstyps im Bereich der Anwaltssozietäten, der ärztlichen Gemeinschaftspraxen und der geschlossenen Immobilienfonds. Auch die Rechtsform der Partnerschaft, die von der Praxis zu Anfang nur zögerlich angenommen wurde, erfreut sich mittlerweile wegen des Haftungsprivilegs in § 8 Abs. 2 PartGG größerer Beliebtheit. Den Besonderheiten der unterschiedlichen Typen von Personengesellschaften und den daraus resultierenden Besonderheiten wurde in dem vorliegenden Handbuch besonders Rechnung getragen.

Als Herausgeber danke ich den Mitautoren für ihre neben dem Berufsalltag zu bewältigende Arbeit, ohne die dieser Band nicht hätte verwirklicht werden können. Dem Verlag C. H. Beck und allen voran Herrn Dr. Thomas Schäfer und Herrn Dr. Burkhard Schröder gilt Dank dafür, daß sie die Autoren während der Entstehung der Manuskripte kontinuierlich begleitet und zu deren Fertigstellung ermutigt haben.

Rechtsprechung und Literatur sind durchweg bis Anfang 2005, teilweise bis März 2005 berücksichtigt. Autoren, Herausgeber und Verlag nehmen Anregungen und Kritik zur Verbesserung des Werkes gerne entgegen.

Düsseldorf, im Mai 2005

Dr. Hans Gummert



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Autorenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Literaturverzeichnis	XXXV

Teil A. Rechts- und Erscheinungsformen

§ 1 Rechtsformen (<i>Müller</i>)	1
§ 2 Personengesellschaften in der Wirtschaftspraxis (<i>Pathe</i>)	68
§ 3 Compliance und Family Business Governance bei Personengesellschaften (<i>Rohner</i>)	84

Teil B. Gründung

§ 4 Gründung und Entstehung (<i>Schneider</i>)	127
--------------------------------------------------------	-----

Teil C. Beiträge und Haftung

§ 5 Beiträge und Einlagen (<i>Gummert</i>)	241
§ 6 Kapitalaufbringung, Kapitalerhaltung, Finanzierung der Gesellschaft durch die Gesellschafter und Eigenkapitalersatz (<i>Gummert</i>)	265
§ 7 Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft (<i>Gummert</i>) ...	304

Teil D. Gesellschaft und Gesellschafter – „Innenrecht“

§ 8 Gesellschafterversammlungen und Gesellschafterbeschlüsse (<i>Plückelmann</i>)	345
§ 9 Informationsrechte (<i>Plückelmann</i>)	390
§ 10 Wettbewerbsverbote (<i>Plückelmann</i>)	409
§ 11 Aufsichtsgremien und Beiräte (<i>Gummert</i>)	432
§ 12 Gesellschafterstreit – Konfliktlösung und Prävention (<i>von Unger/Holtwiesche</i>) .	480

Teil E. Die Gesellschaft im Rechtsverkehr – „Außenrecht“

§ 13 Die Gesellschaft als Trägerin von Rechten und Pflichten (<i>Friel</i>)	527
§ 14 Geschäftsführung und Vertretung (<i>Karrer</i>)	543
§ 15 Prozess und Zwangsvollstreckung (<i>von Unger/Holtwiesche</i>)	627

Teil F. Rechnungslegung und Besteuerung

§ 16 Gewinn- und Verlustverteilung (<i>Karrer</i>)	689
§ 17 Bilanzierung, Jahresabschluss und Steuern (<i>Rohner</i>)	736

Teil G. Änderungen im Gesellschafterbestand und Umstrukturierungen

§ 18 Eintritt in die Gesellschaft (<i>Brombach</i>)	825
§ 19 Austritt aus der Gesellschaft und Übertragung von Gesellschaftsanteilen (<i>Brombach</i>)	831
§ 20 Nachfolge (<i>Müller</i>)	922
§ 21 Umwandlungen nach dem UmwG (<i>Pathe</i>)	953
§ 22 Sonstige Umwandlungen (<i>Pathe</i>)	989

Inhaltsübersicht

Teil H. Krise und Auflösung

§ 23 Sanierung (<i>Weiß</i>)	1041
§ 24 Insolvenz (<i>Weiß</i>)	1059
§ 25 Liquidation (<i>Weiß</i>)	1103

Teil I. Konzern und Kartell

§ 26 Konzernrecht (<i>Plückelmann</i>)	1123
§ 27 Kartellrecht (<i>Abel/Werner</i>)	1150

Teil J. Internationale Bezüge

§ 28 Personengesellschaft mit Auslandsbezug und ausländische Gesellschaftsformen (<i>Pathe</i>)	1203
Sachverzeichnis	1247



Inhaltsverzeichnis

Teil A. Rechts- und Erscheinungsformen

§ 1 Rechtsformen

I. Allgemeines	2
1. Numerus Clausus der Rechtsformen	2
2. Rechtsformzwang	3
3. Zivilrechtliche Einordnung der Personengesellschaften	6
4. Steuerrechtliche Einordnung der Personengesellschaften	10
II. Rechtsformen, Kombinationen und Typen der Personengesellschaft	11
1. Rechtsformen der Personengesellschaft	11
2. Kombination von Rechtsformen	27
3. Typen der Personengesellschaft	37
III. Kriterien der Rechtsformwahl	39
1. Gesellschaftsrechtliche Kriterien der Rechtsformwahl	39
2. Steuerliche Kriterien der Rechtsformwahl	50
IV. Abwägung der Kriterien	65
1. Zielsetzung mit dem Mandanten	65
2. Auswertung der Kriterien	66

§ 2 Personengesellschaften in der Wirtschaftspraxis

I. Überblick	68
II. Gesellschaft bürgerlichen Recht	70
1. Allgemeines	70
2. Freiberufliche Zusammenschlüsse	71
3. (Bau-)Arbeitsgemeinschaften	73
4. Grundbesitzgesellschaften	73
5. Kreditkonsortien und Sicherheitenpools	74
6. BGB-Gesellschaft zur Steuerung von Gesellschaftsbeteiligungen	75
III. Offene Handelsgesellschaft	76
IV. Kommanditgesellschaft	78
1. Die klassische Kommanditgesellschaft	79
2. Die GmbH & Co. KG	79
3. Die Publikums-KG	81
V. Partnerschaftsgesellschaft	82

§ 3 Compliance und Family Business Governance bei Personengesellschaften

I. Einleitung/Einführung	86
1. Ausgangspunkt und Aufgabenstellung	86
2. Compliance	87
3. Family Business Governance	87
II. Compliance	88
1. Grundsätzliches/Begriff der Compliance/Compliance-Pflicht/Compliance-Organisation	88
2. Entwicklung vom punktuellen Ansatz zur Gesamtbetrachtung	88
3. Angesprochene Unternehmen/Unternehmensträger	88
4. Konkrete Umsetzung statt abstrakter Zielsetzungen	89

Inhaltsverzeichnis

5. Haftungsrisiken bei Personengesellschaften	89
6. Strafrecht/Ordnungswidrigkeitenrecht	91
7. Klassische Risikofelder	92
8. Neuere Entwicklungen	102
9. Compliance Organisation	106
10. Definition von Compliance-Programmen	109
III. Family Business Governance für Personengesellschaften	110
1. Grundsätzliches	110
2. Nebeneinander von Gesellschaftsvertrag sowie Unternehmens- und Familienerfassung	110
3. Gesetzliche Vorgaben /Deutscher Corporate Governance Kodex	111
4. Struktur einer Family Business Governance	112
5. Entsprechende Anwendung auf „Nicht-Familiengesellschaften/-unter- nehmen“	113
6. Verfahren bei der Erstellung einer Family Business Governance	113
7. Wirkungen der Family Business Governance	113
8. Business Governance – Umsetzung auf Ebene der Gesellschaft im Unter- nehmenskodex	114
9. Family Business Governance – Umsetzung auf Ebene der Gesellschaft im Gesellschaftsvertrag	117
10. Family Governance – Umsetzung auf Ebene der Familie	123

Teil B. Gründung

§ 4 Gründung und Entstehung

I. Einführung	130
II. Gründung und Entstehung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	131
1. Überblick	131
2. Entstehung	131
3. Gesellschafter	134
4. Neugründung durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags	140
5. Anmeldung und Eintragung in das Gesellschaftsregister	166
6. Die fehlerhafte Gesellschaft	168
III. Gründung und Entstehung der offenen Handelsgesellschaft	172
1. Überblick	172
2. Gesellschafter	176
3. Neugründung durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags	178
4. Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister	193
IV. Gründung und Entstehung der Kommanditgesellschaft	196
1. Überblick	196
2. Sonderformen	199
3. Gesellschafter	200
4. Neugründung durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags	202
5. Anmeldung und Eintragung in das Handelsregister	208
V. Gründung und Entstehung der stillen Gesellschaft	212
1. Überblick	212
2. Gesellschafter	213
3. Neugründung durch Abschluss eines Gesellschaftsvertrags	216
VI. Gründung und Entstehung der Partnerschaft	224
1. Überblick	224
2. Gesellschafter	225
3. Neugründung durch Abschluss eines Partnerschaftsvertrags	228
4. Anmeldung und Eintragung in das Partnerschaftsregister	235
5. Sonderform – Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	237

Teil C. Beiträge und Haftung

§ 5 Beiträge und Einlagen

I. Begriff und gesetzliche Regelung	241
1. Beitrag	241
2. Einlage	242
3. Vereinbarte Einlage und Haftsumme	242
4. Vermögenseinlage	243
5. Kapitalaufbringung	244
6. Stammeinlage	244
II. Beitragspflicht	244
1. Begründung	244
2. Beitragshöhe und Gleichbehandlungsgrundsatz	246
3. Beitragserhöhung	247
4. Beitragsfreiheit	249
III. Inhalt der Beitragspflicht	249
1. Zahlung von Geld	249
2. Gewährung von Darlehen	250
3. Gesplittete Einlage	250
4. Sacheinlagen	250
IV. Erbringung der Beiträge	256
1. Erfüllung	256
2. Leistungsstörungen	260
3. Beweislast	263
4. Verjährung	263

§ 6 Kapitalaufbringung, Kapitalerhaltung, Finanzierung der Gesellschaft durch die Gesellschafter und Eigenkapitalersatz

I. Kapitalaufbringung	266
1. Begriff und Grundsätzliches, gesetzliche Regelung	266
2. Gesellschaftsvertragliche Kapitalaufbringungspflicht	266
II. Kapitalerhaltung	266
1. Begriff und Grundsätzliches, gesetzliche Regelung	266
2. Entnahmen aus dem Gesellschaftsvermögen	267
III. Kapitalerhöhungsmaßnahmen	276
1. Begriff und Grundsätzliches, gesetzliche Regelung	276
2. Gleichbehandlungsgrundsatz und Bezugsrecht	276
IV. Gesellschafterdarlehen in der Insolvenz der „atypischen“ Personengesellschaft, namentlich der GmbH & Co. KG	277
1. Vorbemerkung	277
2. Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG	277
3. Nachrang von Gesellschafterdarlehen nach dem MoMiG	278
4. Finanzplankredite	297
5. Überlassung von Gegenständen an die Gesellschaft zum Gebrauch	297
6. Behandlung von Gesellschafterdarlehen im Überschuldungsstatus	301
7. Gesellschafterdarlehen als erlaubnispflichtiges Bankgeschäft	302

§ 7 Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft	305
II. Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	305
1. Begriff und Grundsätzliches	305
2. Verhältnis zur Verbindlichkeit der Gesellschaft	306
3. Gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschafter	306

Inhaltsverzeichnis

4. Inhalt	307
5. Gegenstand	308
6. Regress	311
7. Einwendungen und Einreden	312
8. Ausschluss oder Beschränkung persönlicher Haftung	313
9. Haftung des Scheingesellschafters	315
10. Haftung des Treugebers	316
11. Haftung im Insolvenzverfahren	316
12. Minderjährigenschutz	317
III. Besonderheiten der Gesellschafterhaftung bei den einzelnen Rechtsformen	318
1. BGB-Gesellschaft	318
2. OHG	322
3. KG	322
4. GmbH & Co. KG	328
5. Partnerschaftsgesellschaft	330
6. Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung	332
7. Stille Gesellschaft	334
IV. Haftung gegenüber Mitgesellschaftern	334
1. Grundsatz	334
2. Ausnahmen	334
V. Haftung des eintretenden Gesellschafters für Altverbindlichkeiten	335
1. Grundsatz	335
2. Besonderheiten bei der BGB-Gesellschaft	336
VI. Haftung des ausscheidenden Gesellschafters für Verbindlichkeiten der Gesellschaft	340
1. Begriff und Grundsätzliches	340
2. Rechtsformspezifische Besonderheiten	340

Teil D. Gesellschaft und Gesellschafter – „Innenrecht“

§ 8 Gesellschafterversammlungen und Gesellschafterbeschlüsse

I. Gesellschafterbeschlüsse	346
1. Zustandekommen von Gesellschafterbeschlüssen	346
2. Gegenstand von Gesellschafterbeschlüssen	353
3. Stimmrechte	359
4. Gruppenvertretung und Stimmbindungsverträge	362
5. Stimmrechtsausschluss	369
6. Beschlussmängel	374
7. Geltendmachung von Beschlussmängeln	380
II. Gesellschafterversammlungen	383
1. Einberufung von Gesellschafterversammlungen	384
2. Durchführung von Gesellschafterversammlungen	386

§ 9 Informationsrechte

I. Inhalt und Umfang des gesetzlichen Informationsrechts	390
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts und offene Handelsgesellschaft	391
2. Besonderheiten bei der Partnerschaftsgesellschaft	393
3. Kommanditgesellschaft	394
4. Stille Gesellschaft	396
II. Anspruchsinhaber und Anspruchsgegner	397
1. Persönliche Voraussetzungen für die Geltendmachung von Informationsrechten	397
2. Adressat der Informationsansprüche	398

III. Gesellschaftsvertragliche Erweiterungen und Einschränkungen der Informationsrechte	399
1. Erweiterungen der gesetzlichen Informations- und Kontrollrechte	399
2. Einschränkungen der gesetzlichen Informationsrechte	399
IV. Ausübung und Durchsetzung der Informationsrechte	400
1. Einsichtnahme	400
2. Hinzuziehung von Bevollmächtigten oder Sachverständigen	401
3. Einschränkungen der Einsichtsgewährung	402
4. Gerichtliche Durchsetzung	403
V. „Sonderorgane“ zur Wahrnehmung der Rechte	404
1. Institutionalisierung	404
2. Zusammensetzung des Kontrollorgans	405
3. Innere Ordnung	406
4. Informationsbefugnis	407
5. Durchsetzung der Informationsrechte	408
§ 10 Wettbewerbsverbote	
I. Gesetzliche Wettbewerbsverbote	410
1. Persönlicher Anwendungsbereich	410
2. Räumlicher und gegenständlicher Schutzbereich	411
3. Zeitlicher Anwendungsbereich	412
4. Sanktioniertes Wettbewerbsverhalten	412
5. Einwilligung der übrigen Gesellschafter	413
II. Analoge Erstreckung des gesetzlichen Wettbewerbsverbotes	415
1. Dritte	415
2. Kommanditgesellschaft	415
3. Partnerschaftsgesellschaft	416
4. Stille Gesellschaft	416
5. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	416
III. Folgen einer Verletzung des gesetzlichen Wettbewerbsverbotes	416
1. Ansprüche aus § 118 HGB	416
2. Weitergehende Ansprüche bei Wettbewerbsverstößen	418
3. Beschlusserfordernis zur Geltendmachung von Ansprüchen	420
4. Verjährung	420
5. Ausscheiden des verstößenden Gesellschaftern	421
IV. Gesellschaftliche Treuepflicht und Geschäftschancenlehre	421
1. Allgemeines Wettbewerbsverbot	422
2. Geschäftschancenlehre	422
V. Vertragliche Änderungen gesetzlicher Wettbewerbsverbote	425
1. Begründung und Erweiterung von Wettbewerbsverboten	425
2. Befreiung von Wettbewerbsverboten	427
3. Verfahrensregeln	428
VI. Nachvertragliche Wettbewerbsverbote	428
1. Zulässigkeit und Grenzen	429
2. Folgen eines Verstoßes	431
§ 11 Aufsichtsgremien und Beiräte	
I. Grundsätzliches	434
1. Begriff	434
2. Gesetzliche Grundlagen	434
3. Motive für die Einrichtung zusätzlicher Gremien	435
4. Unterschiedliche Arten zusätzlicher Gremien	435
II. Mögliche Aufgaben des fakultativen Beirates einer Personengesellschaft	436
1. Grundsätzliches, Schranken	436

Inhaltsverzeichnis

2. Bestellung und Abberufung der geschäftsführenden Gesellschafter	438
3. Überwachung, Aufsicht	440
4. Beratung	445
5. Beteiligung des Beirats an der Geschäftsführung	445
6. Übertragung von Grundlagenentscheidungen und die Befugnis zur Änderung des Gesellschaftsvertrages auf den Beirat	448
III. Verdrängende oder konkurrierende Tätigkeit des Beirats, Rückfallzuständigkeit der Gesellschafterversammlung	451
1. Grundsätzliches	451
2. Funktionsunfähigkeit des Beirats	452
IV. Einrichtung und Besetzung des Beirats	453
1. Einrichtung und Abschaffung des Beirats	453
2. Zusammensetzung des Beirats, Kriterien für die Mitgliedschaft	455
3. Bestellung und Abberufung der Beiratsmitglieder	457
4. Amtszeit, Altersregelung	460
5. Abberufung	461
6. Amtsniederlegung	462
7. Streit über die Zusammensetzung des Beirats	463
V. Innere Ordnung des Beirats	463
1. Grundsätzliches	463
2. Übliche Regelungsgegenstände der Geschäftsordnung	463
3. Fehlerhafte Beschlussfassung im Beirat	465
VI. Rechtsstellung der Beiratsmitglieder	466
1. Rechtliche Beziehung zur Gesellschaft	466
2. Pflichten	467
3. Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit der Beiratsmitglieder?	469
4. Vergütung, Aufwendungsersatz	470
5. Haftung des Beiratsmitglieds	472
6. Anspruch der Mitglieder des Beirats auf Entlastung?; Konsequenzen der Entlastung	473
VII. Rechtsstreitigkeiten betreffend den Beirat	474
1. Streitigkeiten betreffend die Besetzung des Beirats	474
2. Streitigkeiten betreffend das Handeln des Beirats	475
3. Streitigkeiten über die Rechtmäßigkeit von Beschlüssen des Beirats	476
4. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen Beiratsmitglieder	478
VIII. Verpflichtung zur Errichtung eines Aufsichtsrats nach den Mitbestimmungsgesetzen	479

§ 12 Gesellschafterstreit – Konfliktlösung und Prävention

I. Anatomie eines Streites zwischen Gesellschaftern	481
1. Ursachen und Verlauf eines Konflikts	481
2. Folgen eines Gesellschafterstreits	484
3. Lösung eines Gesellschafterstreits	484
II. Instrumente der Konfliktbehandlung	485
1. Moderation	485
2. Prozessbegleitung	486
3. Mediation	486
4. Schiedsverfahren	493
5. Gerichtliches Verfahren	500
6. Andere Machteingriffe – Streitlösung über das Insolvenzrecht	513
III. Präventive Interventionen (Konfliktvermeidung)	516
1. Schiedsvereinbarung	516
2. Mediationsvereinbarung	516
3. Abfindungsklausel	517

4. Buy-Sell-Agreements	517
5. Aufsichtsgremien	518
6. Familienrat und Familienverfassung	520
7. Abschirmung der Gesellschaft von unerwünschten familienrechtlichen Wirkungen	521
8. Familienfremde Geschäftsführer	524
9. Formwechsel und Mehrheitsbeschlüsse	524
10. Beschlussfähigkeit	525

Teil E. Die Gesellschaft im Rechtsverkehr – „Außenrecht“

§ 13 Die Gesellschaft als Trägerin von Rechten und Pflichten

I. Einleitung	528
II. Rechtsnatur der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	528
1. Die Rechtslage vor Inkrafttreten des MoPeG im Überblick	528
2. Die Konzeption der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach dem MoPeG	530
3. Die rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts	531
4. Beschränkungen bei der nicht eingetragenen rechtsfähigen BGB-Gesell- schaft	532
5. Die eingetragene Gesellschaft bürgerlichen Rechts	533
6. Rechtsstellungen nach altem Recht	535
7. Die nicht rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts	536
III. Rechtsnatur der offenen Handelsgesellschaft	537
1. Grundlagen	537
2. Rechtsfähigkeit	538
3. Grenzen der Rechtsfähigkeit	538
IV. Rechtsnatur der Kommanditgesellschaft und der GmbH & Co. KG	539
1. Grundlagen	539
2. Rechtsfähigkeit	540
V. Rechtsnatur der Partnerschaftsgesellschaft	540
1. Grundlagen	540
2. Rechtsfähigkeit	540
3. Die Partnerschaftsgesellschaft mbB	541
VI. Rechtsnatur der Partenreederei	541
1. Grundlagen	541
2. Die Partenreederei als Gesamthand	542

§ 14 Geschäftsführung und Vertretung

I. Inhalt und Gegenstand der Geschäftsführung	546
1. Begriff der Geschäftsführung	546
2. Selbstorganschaft	551
3. Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	553
4. Geschäftsführung ohne Geschäftsführungsbefugnis (Notgeschäftsführungsbefugnis)	557
II. Formen und Bestellung der Geschäftsführung	561
1. Einführung	561
2. Formen der Geschäftsführung	562
3. Einbindung von Kommanditisten	568
4. Einbindung eines Beirats	570
5. Bestellung der Geschäftsführer	571
6. Auswirkung der Umwandlung der Gesellschaft	572
7. Auswirkung der Auflösung der Gesellschaft	572

Inhaltsverzeichnis

III. Geschäftsführerhandeln und Einbindung der Geschäftsführer	573
1. Entscheidungsfindung bei Gesamtgeschäftsführungsbefugnis	573
2. Widerspruchsrecht bei Einzelgeschäftsführung	576
IV. Rechtsstellung der Geschäftsführer	580
1. Recht auf und Pflicht zur Geschäftsführung	580
2. Ausübung der Geschäftsführung	580
3. Weisungsrechte	581
4. Geschäftsführerpflichten/Compliance	582
5. Haftung der Geschäftsführer	583
6. Vergütungsanspruch und Aufwendungsersatz	588
7. Berichts- und Auskunftspflicht	594
8. Wettbewerbsverbot	596
V. Beendigung der Geschäftsführungsbefugnis	597
1. Entziehung der Geschäftsführungsbefugnis	597
2. Kündigung der Geschäftsführung	605
VI. Vertretung der Gesellschaft	606
1. Selbstorganschaft	606
2. Umfang Vertretungsmacht	606
3. Vertreterhandeln	612
4. Passivvertretung	614
5. Formen und Begründung der Vertretung	614
6. Überschreiten der Vertretungsmacht	619
7. Wissensvertretung	620
VII. Entziehung der Vertretungsmacht	620
1. BGB-Gesellschaft/Handelsgesellschaften	620
2. Partnerschaft	622
3. Stille Gesellschaft	622
VIII. Registerrechtliche Erfordernisse	622
1. BGB-Gesellschaft	622
2. Handelsgesellschaften	624
3. Partnerschaft	626

§ 15 Prozess und Zwangsvollstreckung

I. Die Personengesellschaften im Prozess	628
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Zivilprozess	628
2. Die offene Handelsgesellschaft im Zivilprozess	646
3. Die Kommanditgesellschaft im Zivilprozess	664
4. Die Partnerschaftsgesellschaft im Zivilprozess	667
5. Die Personengesellschaften in der Verfassungs-, Verwaltungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	668
II. Die Personengesellschaften in der Zwangsvollstreckung	676
1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts in der zivilprozessualen Zwangs- vollstreckung	676
2. Die offene Handelsgesellschaft in der zivilprozessualen Zwangsvoll- streckung	679
3. Die Kommanditgesellschaft in der zivilprozessualen Zwangsvollstreckung ...	682
4. Die Partnerschaftsgesellschaft in der zivilprozessualen Zwangsvoll- streckung	682
5. Die Personengesellschaften in der verwaltungs-, steuer-, arbeits- und sozial- rechtlichen Zwangsvollstreckung	683

Teil F. Rechnungslegung und Besteuerung

§ 16 Gewinn- und Verlustverteilung

I. Einleitung/Vorbemerkung	690
II. Gesellschaftsanteile/Kapitalanteile/Gesellschafterkonten	691
1. Grundsätzliches	691
2. Gesetzliche Regelungen	692
3. Vertragliche Regelungen	693
III. Gewinnermittlung und Gewinnverwendung	698
1. Gewinnermittlung	699
2. Gewinnverwendung	701
IV. Verteilung von Gewinn und Verlust	704
1. BGB-Gesellschaft/offene Handelsgesellschaft	704
2. Besonderheiten bei der Kommanditgesellschaft	719
V. Besondere Gesellschaftsformen	723
1. Stille Gesellschaft	723
2. Partnerschaftsgesellschaft	729
VI. Verteilung des Liquidationserlöses	731
1. BGB-Gesellschaft/offene Handelsgesellschaft	731
2. Kommanditgesellschaft und Partnerschaftsgesellschaft	734
3. Stille Gesellschaft	734

§ 17 Bilanzierung, Jahresabschluss und Steuern

I. Einführung	737
II. Rechnungslegung nach bürgerlichem Recht und Handelsrecht	738
1. Rechnungslegungspflichten	738
2. Jahresabschluss	744
III. Steuerliche Rechnungslegung	755
1. Einkunftsermittlungsarten	755
2. Verhältnis der Handelsbilanz zur Steuerbilanz	756
3. Steuersubjekt	759
4. Steuerliches Kapitalkonto	762
5. Steuerliche Verlustverrechnung	767
6. Steuerliche Sondersituationen	777
7. Veränderungen durch das MoPeG	792
8. Optionsmodell nach dem KöMoG	793
IV. Besondere Steuerarten	794
1. Gewerbesteuer	794
2. Umsatzsteuer	801
3. Erbschaftsteuer	807
4. Grunderwerbsteuer	817

Teil G. Änderungen im Gesellschafterbestand und Umstrukturierungen

§ 18 Eintritt in die Gesellschaft

I. Voraussetzungen	825
II. Haftung des Eintretenden	829
III. Steuerrechtliche Folgen	829
1. Mitunternehmenschaften	829
2. Personengesellschaften mit anderen Einkünften als solchen aus Gewerbebetrieb	830

Inhaltsverzeichnis

§ 19 Austritt aus der Gesellschaft und Übertragung von Gesellschaftsanteilen

I. Kündigungsbedingtes Ausscheiden eines Gesellschafters aus der Personengesellschaft	832
1. Gesetzliche Kündigungsrechte	832
2. Gesellschaftsvertragliche Modifikation der Kündigungsrechte	842
3. Rechtsfolgen der Kündigung und gesellschaftsvertragliche Modifikation der Kündigungsfolgen	846
II. Ausschließung eines Gesellschafters aus der Personengesellschaft	860
1. Ausschluss durch Entscheidung der Mitgesellschafter	860
2. Automatisches Ausscheiden	869
3. Ausscheiden infolge Kündigung der Gesellschaft durch Dritte	872
III. Übertragung des Gesellschaftsanteils	878
1. Übertragbarkeit des Gesellschaftsanteils	878
2. Anteilsverkauf durch Übertragung des Mitgliedschaftsrechts	881
3. Steuerliche Gestaltungsüberlegungen	901
4. Schenkung eines Gesellschaftsanteils	908

§ 20 Nachfolge

I. Vererbbarkeit von Personengesellschaftsanteilen	922
1. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	923
2. Offene Handelsgesellschaft	924
3. Kommanditgesellschaft	924
4. Stille Gesellschaft	927
5. Partnerschaftsgesellschaft	927
II. Steuerrechtliche Folgen	928
III. Gesellschaftsvertragliche Gestaltung	929
1. Fortsetzungsklausel	929
2. Nachfolgeklausel	930
3. Qualifizierte Nachfolgeklausel	932
4. Eintrittsklausel	933
5. Rechtsgeschäftliche Nachfolgeklausel	934
IV. Erbrechtliche Gestaltung	935
1. Vorüberlegungen	935
2. Verfügung von Todes wegen	936
3. Erbrechtliche Instrumentarien	937
V. Minderjährige Erben	944
VI. Vorweggenommene Erbfolge	945
VII. Handelsregister- und firmenrechtliche Folgen	946

§ 21 Umwandlungen nach dem UmwG

I. Gründe für Umwandlungen	953
II. Umgestaltungen nach dem Umwandlungsgesetz	955
1. Gesellschaftsrecht	955
2. Steuerrecht	983

§ 22 Sonstige Umwandlungen

I. Überblick	990
II. Gesellschaftsrecht	990
1. Statuswechsel	990
2. Umwandlungen nach dem UmwStG	993
3. Besondere Gestaltungsmodelle	994
III. Steuerrecht	1022
1. Anwachsungsmodell	1022

2. Übertragung von Einzelwirtschaftsgütern	1029
3. Begründung einer Betriebsaufspaltung	1033
4. Betriebsverpachtung im Ganzen	1038

Teil H. Krise und Auflösung

§ 23 Sanierung

I. Erfassung der Krise	1042
1. Betriebswirtschaftliche Sicht	1042
2. Rechtliche Sicht	1044
3. Sanierungsfähigkeit und Sanierungsprüfung	1045
II. Sanierung	1048
1. Leistungswirtschaftliche Sanierungsinstrumente	1048
2. Finanzwirtschaftliche Sanierungsinstrumente	1048
3. Kapitalzufuhr	1048
4. Reduzierung von Verbindlichkeiten	1051
5. Sanierung durch Sicherheitsleistung	1055
6. Sanierung durch Umwandlung	1056
7. Sanierung per Restrukturierung	1056

§ 24 Insolvenz

I. Insolvenz der Personengesellschaft	1060
1. Allgemeines	1060
2. Insolvenzfähigkeit	1060
II. Insolvenzgrund	1062
1. Zahlungsunfähigkeit	1063
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit	1066
3. Überschuldung	1067
III. Insolvenzantrag	1070
1. Antragsberechtigung	1070
2. Antragsrücknahme	1073
3. Antragspflicht	1074
4. Antragsinhalt	1077
5. Pflichten nach Antragstellung bis zur Entscheidung des Gerichtes	1080
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichtes	1082
1. Allgemein	1082
2. Anordnung der vorläufigen Insolvenzverwaltung	1082
3. Abweisung mangels Masse	1083
4. Insolvenzeröffnung	1084
V. Insolvenzmasse	1086
1. Vermögen der Personengesellschaft	1087
2. Firma	1087
3. Einlagen	1087
4. Nachschusspflicht	1088
5. Eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistungen	1088
6. Gesellschafterhaftung	1089
7. Kommanditistenhaftung	1093
VI. Insolvenz des Gesellschafters	1094
1. Vor Gesellschaftsinsolvenz	1094
2. Gesellschafterinsolvenz als Folge der Gesellschaftsinsolvenz	1095
VII. Die Verfahrensbeteiligten im eröffneten Insolvenzverfahren	1095
1. Insolvenzgericht	1095
2. Insolvenzschuldner	1096

Inhaltsverzeichnis

3. Insolvenzverwalter	1097
4. Insolvenzgläubiger	1098
5. Aus- und Absonderungsgläubiger	1099
6. Massegläubiger	1100
7. Gläubigerversammlung	1100
8. Gläubigerausschuss	1101

§ 25 Liquidation

I. Auflösung und Liquidation der Personengesellschaft	1103
1. Übersicht	1103
2. Auflösungsgründe	1104
3. Folgen der Auflösung	1112
II. Ablauf der Auseinandersetzung/Liquidation	1113
1. Allgemeines	1113
2. Die Stellung der Gesellschafter in der Auseinandersetzung/Liquidation	1113
3. Liquidatoren	1114
4. Anmeldung der Auflösung	1115
5. Auseinandersetzung	1117
6. Alternativen der Auseinandersetzung	1119
7. Rechnungslegung	1119

Teil I. Konzern und Kartell

§ 26 Konzernrecht

I. Einleitung	1124
1. Abhängigkeitsverhältnis	1124
2. Konzern	1125
3. Gründe für die Konzernbildung	1127
II. Unterordnungs-Vertragskonzern	1128
1. Entstehung eines Vertragskonzerns	1129
2. Leitungsmacht	1133
3. Haftung	1136
4. Beendigung eines Unternehmensvertrages	1137
III. Faktischer Konzern	1139
1. Entstehen eines faktischen Konzerns	1139
2. Leitungsmacht	1143
3. Haftung	1144
IV. Gleichordnungskonzern	1148
1. Vertragskonzern	1148
2. Faktischer Konzern	1149

§ 27 Kartellrecht

I. Einführung	1151
1. Praktische Relevanz/Gang der Darstellung	1151
2. Personengesellschaften und kartellrechtlicher Unternehmensbegriff	1152
II. Fusionskontrolle	1153
1. Überblick	1153
2. Anwendungsbereich	1154
3. Zusammenschlusstatbestände	1156
4. Beteiligung natürlicher Personen an Zusammenschlussvorhaben	1163
5. Materieller Prüfungsmaßstab	1164
6. Anmeldung	1168

7. Verfahren	1171
8. EU-Fusionskontrolle	1174
9. Sonstige Fusionskontrollregime	1178
III. Kartellverbot/Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und Verhaltensweisen	1178
1. Einleitung	1178
2. Durchsetzung des Kartellrechtsverbots	1179
3. Wettbewerbsverbote gegenüber Gesellschaftern	1181
4. Wettbewerbsverbote bei Unternehmenskauf und Ausscheiden von Gesellschaftern	1182
5. Unternehmenskooperationen und Kartellverbot	1186
6. Gemeinschaftsunternehmen	1193
7. Rechtsfolgen von Kartellverstößen	1194
IV. Kartellrechts-Compliance	1196
1. Grundlagen	1196
2. Präventive Arbeit	1198
3. Kontrollierende Arbeit	1199
4. Reaktive Arbeit	1199
5. Informationsaustausch	1200

Teil J. Internationale Bezüge

§ 28 Personengesellschaft mit Auslandsbezug und ausländische Gesellschaftsformen

I. Personengesellschaft mit Auslandsbezug	1204
1. Gesellschaftsrecht	1204
2. Steuerrecht	1206
II. Ausländische Personengesellschaften	1214
1. Überblick	1214
2. England	1215
3. USA	1215
4. Frankreich	1216
III. Europäische Gesellschaftsformen (EWIV)	1216
1. Überblick	1216
2. Entstehungsgeschichte und Rechtsnatur der EWIV	1217
3. Gründung/Gründungsvertrag der EWIV	1218
4. Organe der EWIV	1225
5. Mitgliedschaft	1230
6. Beendigung der Gesellschaft	1240
7. Die EWIV im deutschen Steuerrecht	1243
Sachverzeichnis	1247



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG